

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 20 (2013)

Heft: 1: Politikgeschichte in der Schweiz : eine historiografische Skizze = L'histoire politique en Suisse : une esquisse historiographique

Artikel: Historische Parteienforschung in der Schweiz : Überblick, Forschungsstand und neue Perspektiven

Autor: Späti, Christina

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-391069>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Historische Parteienforschung in der Schweiz

Überblick, Forschungsstand und neue Perspektiven

Christina Späti

Dass die schweizerische Parteienlandschaft historisch nur ungenügend erforscht ist, wurde in jüngster Zeit mehrmals bemängelt. Nach wie vor gilt Gruners Parteigeschichte von 1969 beziehungsweise die teilweise erweiterte Zweitaufgabe (1977) als Standardwerk. Die Gründe für diesen aus internationaler Perspektive überraschenden Befund sind in verschiedenen Bereichen zu orten. Eindeutig scheint, dass der föderalistische Aufbau der Schweiz und die damit einhergehende überaus grosse Bedeutung der Kantonal- und Lokalparteien im Vergleich zu den nationalen Parteien nicht nur das Interesse an einer Parteigeschichte auf nationaler Ebene mindern, sondern auch deren Erforschung erschweren (so zum Beispiel David/Müller 2007). Mazzoleni (2009) fügt das klassische Argument hinzu, dass im schweizerischen politischen System die Parteien als Folge der Referendumsdemokratie und der vergleichsweise hohen Stabilität des Parteiensystems eine geringe Bedeutung aufweisen, was sich dann auch auf das mangelnde Forschungsinteresse auswirke. Zudem sieht er einen Grund für die Vernachlässigung der Schweizer Parteigeschichte im Sonderfalldenken, welches eine Einbettung der Parteienforschung in die internationale Forschung verhindert habe. Während dieser Aspekt auch von Skenderovic (2012) am konkreten Beispiel der rechtspopulistischen Parteien aufgezeigt wird, ist umgekehrt hervorzuheben, dass gerade eine bessere Aufarbeitung der Parteigeschichte die Voraussetzung für eine Einbettung in die internationale Forschung wäre.

Ein weiterer Grund ist in historiografischen und disziplinären Spezifika zu sehen. So haben der *cultural turn* und die damit einhergehende (vermeintliche) Diskreditierung der politischen Geschichte sowie die stärkere Fokussierung auf Bereiche wie Alltagsgeschichte, Biografieforschung oder Geschlechtergeschichte die historiografische Beschäftigung mit den Parteien in den Hintergrund treten lassen. Hinzu kommt noch, dass die Parteienforschung ein zentrales Forschungsgebiet der Politikwissenschaft ist, deren geschichtliches Interesse in den letzten Jahren aber abgenommen hat. Dies trägt zu den Defiziten in der historischen Parteienforschung bei, umso mehr als die Geschichtswissenschaft die Parteigeschichte weitgehend an die Politologie delegiert habe (David/Müller 2007). Zudem ist

zu bedenken, dass die Politikwissenschaft im europäischen Vergleich an den Schweizer Universitäten erst relativ spät institutionalisiert worden ist und damit gemäss Mazzoleni (2009) von Beginn an ein Rückstand in der Erforschung der historischen Entwicklung der schweizerischen Parteien bestanden habe.

Die Anfänge der Parteien bis zum Ersten Weltkrieg

Wie in den meisten europäischen Demokratien sind die politischen Parteien in der Schweiz Kinder des 19. Jahrhunderts. In der Forschungsliteratur herrscht mehrheitlich Übereinstimmung über die Periodisierung für die historische Entwicklung der grossen Parteien (zum Beispiel Gruner 1977; Ladner/Brändle 2001; Meuwly 2010; Altermatt/Luginbühl 2010). Die verschiedenen Phasen sind dabei sowohl von internen Faktoren, das heisst von Veränderungen innerhalb der Parteien, wie auch von externen Faktoren, also den historischen Rahmenbedingungen, bestimmt. Sie beziehen sich, wie auch der vorliegende Artikel, in erster Linie auf die nationale Ebene. Bis zu einem gewissen Grad entsprechen die Phasen den Kontinuitäten und dem Wandel der Parteien im westlichen Europa (Ladner 2004: 246–250).

Die erste Phase umfasst die Anfänge des 1848 gegründeten Bundesstaats bis zu den ersten Parteigründungen auf nationaler Ebene ab den 1880er-Jahren. Zu ersten Bildungen von noch schwach strukturierten Protoparteien kam es etwa ab 1830; diese organisierten sich als Vereine und fühlten sich liberalen, radikalen, konservativen oder später demokratischen Positionen verpflichtet. Konstitutiv waren hierbei die auch in anderen europäischen Gesellschaften zu beobachtenden Konfliktlinien (Lipset/Rokkan 1967). Die Anfänge des schweizerischen Parteiensystems waren von rasch wechselnden, sich immer wieder anders zusammensetzenden Koalitionen gekennzeichnet, die sich je nach zur Debatte stehenden politischen Themen, wie etwa in Föderalismusfragen, bildeten und dabei durchaus auch quer zu weltanschaulichen Affinitäten stehen konnten (Gruner 1977: 52). Die freisinnige Parteienfamilie, zu der Liberale, Radikale und Demokraten gehörten, dominierte in den ersten Jahrzehnten nach 1848 das politische Geschehen. Dabei standen die Liberalen eher rechts, während sich die Radikalen mitte-links ansiedelten. Ab den 1860er-Jahren stellte sich die Demokratische Bewegung gegen die Kontrolle des Staats durch den Freisinn (Gruner 1977). Den Freisinnigen standen die Katholisch-Konservativen gegenüber, die sich nach dem Sonderbundskrieg zunächst, wie Altermatt (1995) es ausgedrückt hat, politisch und organisatorisch ins «Ghetto» zurückzogen.

Während der 1838 als Arbeiter-Vereinigung gegründete Grütliverein noch der freisinnigen Parteienfamilie zuzuordnen ist, manifestierten sich die ersten sozia-

listischen Ideen im Umfeld des von Karl Bürkli 1851 gegründeten Konsumvereins Zürich. Ein Versuch zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei scheiterte 1870, gleichzeitig begann der Grütliverein nach links zu rücken (Dommer/Gruner 1988: 45–66; Meuwly 2010: 24 f.).

Mit den Veränderungen in den 1870er-Jahren begann die zweite Phase in der Geschichte der nationalen Parteien und dauerte bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Sie war zum einen durch verschiedene Parteigründungen auf nationaler Ebene, zum anderen durch den zunehmenden Machtverlust des Freisinns geprägt. Dieser begann sich im Zusammenhang mit der Wahl des ersten nicht freisinnigen Bundesrats, des katholisch-konservativen Josef Zemp, 1891 abzuzeichnen und erreichte seinen Höhepunkt mit der Einführung des Proporzwahlrechts 1919. Die 1888 schliesslich als erste Partei mit längerfristiger Überlebensdauer gegründete Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) ging programmatisch über den «Grütlianer-Sozialismus» hinaus, wies aber zunächst noch durchaus gemässigten Charakter auf, da etwa die propagierten Verstaatlichungen rein auf gesetzlichem Weg erfolgen sollten (Gruner 1977: 130). Unter dem Einfluss des deutschen Marxismus radikalierte sich die SPS zunehmend, um dann zur Zeit des Generalstreiks in eine «Phase der maximalen Distanz zwischen der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Staat» (Zimmermann 2007: 97) einzutreten. Im Parteiprogramm von 1904 hatte sich die marxistische Ausrichtung erstmals bemerkbar gemacht, als vom proletarischen Klassenkampf und der Überführung der Produktionsmittel vom Privat- in den Gesellschaftsbesitz die Rede war.

Unter anderem als Reaktion auf die nun parteimässig auftretende Sozialdemokratie gründete sich im Jahr 1894 die Freisinnig-demokratische Partei (FDP). Trotz der nun deutlich werdenden Abgrenzung gegen links präsentierte sich die neu gegründete Partei weiterhin als politische Kraft, die in der Überwindung der sozialen Gegensätze eine ihrer Hauptaufgaben sah (Meuwly 2009: 113) und sich trotz des zunehmenden Einflusses der manchester-liberal orientierten Gruppe um den Grossindustriellen Alfred Escher nach wie vor als Volkspartei verstand (Gruner 1977: 84–85). Gerade diese breite Basis und die damit verbundenen Interessenkonflikte wurden der FDP aber immer stärker zum Verhängnis. Zu den sozialen Konflikten gesellten sich die in der Zeit des Ersten Weltkriegs sich offenbarenden sprachregionalen Gegensätze, die gar zu einem vorübergehenden Austritt dreier Westschweizer Kantonalparteien aus der Landespartei führten. Die herben Verluste, die der Freisinn 1919 bei den ersten nach dem Proporzverfahren durchgeführten Wahlen zugunsten der SPS und der Bauernfraktion hinnehmen musste, spiegelten die verstärkten internen Interessengegensätze (Gehrken 2002). Die Liberaldemokraten, die sich bereits 1893 zu einer Fraktion zusammengeschlossen hatten, gründeten 1913 ihre Landespartei. Allerdings sollten sie auf

nationaler Ebene nach dem Ersten Weltkrieg keine grosse Rolle mehr spielen (Rimli 1951; Gruner 1977: 96–98).

Die Katholisch-Konservativen verstärkten in dieser zweiten Phase die Formierung einer «katholischen Sondergesellschaft» (Urs Altermatt), indem sie ein engmaschiges Netzwerk von katholisch-konservativen Vereinen, Presseorganen und Personen aufbauten, das den Grundstein für das katholisch-konservative Milieu bildete und die Basis für die spätere Gründung der Landespartei lieferte. Diese erfolgte im Jahr 1912 unter dem Namen Konservative Volkspartei (SKVP) (B. Wigger 1997: 33–35). Ähnlich wie die Freisinnigen verfügten die Konservativen über eine breite Parteibasis, die Gewerbetreibende, Bauern und Arbeiter umfasste und entsprechende soziale und wirtschaftliche Interessengegensätze mit sich brachte.

Konsolidierung und Pluralisierung im 20. Jahrhundert

Die dritte Phase, die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs einsetzte und bis etwa zu Beginn der 1970er-Jahre dauerte, war zunächst durch die Polarisierung zwischen dem bürgerlichen Block und der politischen Linken dominiert. Zudem war sie durch neue Parteigründungen und entsprechend durch eine Pluralisierung der Parteienlandschaft gekennzeichnet. Die 1920er-Jahre waren in der Folge des insbesondere zur Zeit des Generalstreiks 1918 manifesten gesellschaftlichen und ideologischen Grabens von einer Annäherung innerhalb des Bürgerblocks und der politischen Radikalisierung eines Teils der Sozialdemokratie geprägt. 1921 bildete sich durch Abspaltung von den Sozialdemokraten und infolge unterschiedlicher Meinungen über das Verhältnis zur 1919 gegründeten Komintern die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) (Huber 1986).

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums formierten sich während und nach dem Ersten Weltkrieg in verschiedenen Kantonen Bauernparteien, insbesondere 1917 beziehungsweise 1918 in Zürich und in Bern. Dabei war kennzeichnend, dass die bernische Partei ihre Mitglieder nicht nur unter Bauern rekrutierte. Folglich nannte sie sich ab 1921 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) (Jost 2007: 28–29). Erst um die Jahreswende 1936/37 wurde die Landespartei gegründet; bis zu diesem Zeitpunkt war für die nationale Ebene die BGB-Fraktion im Bundesparlament der wichtigste Akteur gewesen (Gruner 1977: 157).

Die 1930er-Jahre zeichneten sich unter dem Eindruck von Faschismus und Nationalsozialismus durch Annäherungen zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Parteienlager aus. Gleichzeitig machte sich am äussersten rechten Rand des politischen Spektrums die vielförmige Frontenbewegung bemerkbar, die indessen trotz anfänglicher Koalition mit den Freisinnigen über die

Jahre 1933/34 hinaus keine bedeutenden Wahlerfolge aufzuweisen vermochte (Wolf 1969; Glaus 1969; Gehrken 2002: 221–229).

Ab 1935 sassen auch sieben offiziell parteilose Mitstreiter von Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler im Nationalrat, wo sie eine Fraktion bildeten und damit zur ungewöhnlichen Entstehungsgeschichte des Landesrings der Unabhängigen (LdU) beitrugen. Mit anfangs unklarer Parteiprogrammatik und einem Hang zum Opportunismus übernahmen die LdU-Vertreter bis zu einem gewissen Grad die Oppositionsrolle von den Sozialdemokraten, deren Integration in das politische System in der Wahl des ersten sozialdemokratischen Bundesrats 1943 gipfelte (Gruber 1966; Gruner 1977: 159–166).

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur Festigung der Konkordanz, die sich ab 1959 in der sich für die nächsten knapp 50 Jahre nicht mehr verändernden «Zauberformel» manifestierte, mit welcher der parteipolitische Verteilungsschlüssel für die Regierungskoalition festlegte wurde (Burgos/Mazzoleni/Rayner 2011). Die symbolische wie auch realpolitische Integration der vier grossen Parteien in eine Allparteienregierung brachte eine ausgeprägte politische Stabilität mit sich. Zudem hatten insbesondere die SPS und die SKVP seit der Zwischenkriegszeit ein jeweils eigenes Milieu mit entsprechenden Presseorganen, Vereinen und personellen Netzwerken aufgebaut, welches die Parteimitglieder weltanschaulich und organisatorisch verband (Altermatt/Luginbühl 2010).

Im Lauf der 1960er-Jahre begann sich erneut ein Umbruch anzukündigen. Die Konkordanzdemokratie wurde zunehmend und in immer breiteren Bevölkerungsgruppen als verkrustet und reformfeindlich wahrgenommen. Dies drückte sich unter anderem in den Protestbewegungen am linken Rand des politischen Spektrums aus, die in den «1968er-Jahren» mit politischen und kulturellen, oftmals provokativen Aktivitäten die festgefahrene politische und gesellschaftliche Kultur zu erschüttern versuchten (Schaufelbuehl 2009; Skenderovic/Späti 2012). In den 1970er-Jahren wurde diese Rolle von den neuen sozialen Bewegungen übernommen, die jenseits des traditionellen Parteiensystems insbesondere in Umweltanliegen beachtliche Erfolge zu erzielen vermochten und damit die Parteien teilweise unter Druck setzten (zum Beispiel Gruner/Hertig 1983).

Auch die Presselandschaft begann sich zu verändern. Zum einen schaffte das Konkurrenzmedium Fernsehen den Durchbruch. Zum anderen kam es zu einer zunehmenden Kommerzialisierung der Presse, und ab den 1960er-Jahren schritt aufgrund von Fusionen die Pressekonzentration voran. Diese Prozesse waren vom Niedergang der Parteipresse begleitet, der durch die Forumsblätter mit stärkerer Meinungsvielfalt eine wichtige Konkurrenz erwuchs (Ladner 2005).

Als Folge dieser Umbrüche kann für die 1970er- und 80er-Jahre von der vierten Phase in der Geschichte der Parteien gesprochen werden. Am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums machten sich neue Kräfte bemerkbar.

Im Kontext der 68er-Bewegung entstanden mehrere politische Gruppierungen, die sich in Parteien organisierten. Zu nennen sind in dieser Hinsicht insbesondere die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), der Tessiner Partito socialista autonomo (PSA) und die trotzkistische Revolutionäre Marxistische Liga (RML) (Gilg 1974; Blum 1986). Diese trugen im Lauf der 1980er-Jahre zur Gründung verschiedener grüner Parteien bei, welche 1991 zur Grünen Partei (GPS) fusionierten (Baer/Seitz 2008).

Am rechten Rand des politischen Spektrums bildeten sich ab den 1960er-Jahren verschiedene rechtspopulistische Splitterparteien. Erwähnt werden können unter anderem die Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA), später Schweizer Demokraten (SD), die Autopartei Schweiz (APS), die sich in Freiheits-Partei Schweiz (FPS) umbenannte, oder die Lega dei Ticinesi (LdT). Diese von elektoralen Höhen und Tiefen und zahlreichen internen Streitigkeiten geprägten Splitterparteien konnten bis in die 1990er-Jahre immer wieder beachtliche Wahlergebnisse erzielen (Skenderovic 2007, 2009).

Die etablierten Parteien reagierten unterschiedlich auf den Reformanstoss, der aus der politischen Umbruchphase der 1960er- und 70er-Jahre resultierte. Die Sozialdemokraten nahmen, nach anfänglichem Zögern, ab den 1970er-Jahren zunehmend Anliegen der neuen Linken auf. Im Zug dieser Neuausrichtung änderte sich die soziale Struktur der Parteibasis stark, indem sich die Arbeiterschaft von der Partei abwandte, die zur Partei von mittleren Angestellten und Intellektuellen wurde (Lang et al. 1988: 25–29; Degen 1993: 101–123).

Auch die FDP geriet ab den 1960er-Jahren zunehmend unter Druck. Es gelang ihren Vertretern nicht vollständig, die Partei im Zug der Veränderungen, die sich in der Folge der 68er-Bewegung bemerkbar machten, zu «modernisieren» und Antworten auf neue gesellschaftspolitische Herausforderungen zu präsentieren. So verlor die FDP vor allem gegenüber der BGB/SVP, aber auch der SPS kontinuierlich an Wähleranteilen (Ladner 1999: 230–231).

Die Katholisch-Konservativen entschlossen sich als Reaktion auf das Erstarken ihres christlich-sozialen Flügels und die mit der grösseren Distanz zur katholischen Kirche einhergehende konfessionelle Öffnung zu einer Parteireform. Mit der daraus 1970 hervorgegangenen Namensänderung in Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) rückte die Partei zunächst in die Mitte des politischen Spektrums, ab den 1980er-Jahren aber wieder stärker nach rechts und koalierte je nach politischen Sachfragen mit dem bürgerlichen Lager oder mit den Sozialdemokraten (Altermatt 2000, 2012).

Auch die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei optierte zu Beginn der 1970er-Jahre für die Reform. Nach der Fusion 1971 mit den Demokratischen Parteien der Kantone Graubünden und Glarus und der damit einhergehenden Umbenennung in Schweizerische Volkspartei (SVP) siedelte sie sich zunächst in der politischen

Mitte an. Bereits in den 1980er-Jahren machte sich im «Zürcher Flügel» eine Hinwendung zum Rechtspopulismus bemerkbar (Hartmann/Horvath 1995), der sich im Lauf der 1990er-Jahre gesamtparteilich durchzusetzen vermochte (Skenderovic 2009).

Der präzedenzlose Aufschwung der SVP in den 1990er-Jahren, der sie nicht nur zur wählertstärksten Partei machte, sondern auch ihren Einflussbereich auf sämtliche Regionen ausdehnte, veränderte das Parteiensystem der Schweiz nachhaltig, sodass ab den 1990er-Jahren von der fünften Phase der schweizerischen Parteiengeschichte gesprochen werden kann. Zunächst einmal war zu beobachten, dass die SVP die anderen Parteien des rechtspopulistischen Lagers absorbierte, sodass diese in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre kaum noch von Bedeutung waren (Skenderovic 2009). Umgekehrt bildete sich aufgrund interner Unstimmigkeiten bezüglich des Politikstils 2008 durch die Abspaltung von der SVP eine neue Partei, die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die zunächst vor allem in den Kantonen Bern, Graubünden und Glarus aktiv war. Spätere kantonale Parteigründungen der BDP waren dann nicht mehr allein auf Abspaltungen von der SVP zurückzuführen.

Auf der Basis ihrer exklusionistischen Ideologie und der Bedeutung von Identitätspolitik stellte die transformierte SVP Themen wie Migration und europäische Integration zuoberst auf die Prioritätenliste ihrer politischen Aktivitäten. Auch in Bezug auf den Politikstil und Fragen der Konkordanz hatte die Transformation der SVP erhebliche Konsequenzen. Durch ihre populistische Antiestablishment-Rhetorik, aber auch durch die Professionalisierung des Wahlkampfs und die im Vergleich zu den anderen Parteien bedeutend grösseren finanziellen Mittel veränderte die SVP Politik und politische Kultur in der Schweiz nachhaltig (Skenderovic/D'Amato 2008).

Im Hinblick auf die nationalen Wahlen von 2011 sprechen Politikbeobachterinnen und -beobachter von einem gewissen Wandel, indem es der SVP nicht gelungen sei, ihre Wählerbasis wie in den Jahren davor zu vergrössern; vielmehr musste sie Verluste hinnehmen. Die damit einhergehenden Sitzgewinne der BDP sowie der 2007 gegründeten Grünliberalen Partei (GLP) wurden als Stärkung der Mitte und als ein vorläufiges Ende der parteipolitischen Polarisierung interpretiert.

Die vier Bundesratsparteien: Schwerpunkte und Lücken in der Forschung

Während bis heute eine Erneuerung eines synthetisierenden Überblicks wie jenem von Erich Gruner fehlt, so lassen sich für einzelne Parteien unterschiedliche Forschungsbefunde ausmachen. Die Geschichte der CVP und ihrer Vorläufer gilt

insbesondere für die Zeit vor 1945 als gut erforscht (Skenderovic 2010). Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Untersuchung des katholisch-konservativen Milieus ein langjähriger Forschungsschwerpunkt an der Universität Freiburg unter der Ägide des Zeithistorikers Urs Altermatt bildete. In diesem Umfeld sind zahlreiche Forschungen entstanden, die zumindest aus einer traditionellen politikhistorischen Perspektive die Geschichte des politischen Katholizismus bis 1945 und teilweise darüber hinaus gut abdecken (zum Beispiel Rölli-Alkemper 1993; Hodel 1994; B. Wigger 1997). Ergänzt werden diese Studien durch weitere Untersuchungen, die zum Teil auf differierenden Forschungsansätzen beruhen (Zurbriggen 2004; Schorderet 2007). Während Schorderet sich auf das christlich-demokratische Sozialmilieu als Handlungssystem und dessen Bedeutung für die Partei fokussiert, untersucht Zurbriggen verschiedene inhaltliche Positionierungen innerhalb der CVP, die er in Anlehnung an Bourdieu als symbolische Praktiken auffasst.

Ähnliches in Bezug auf den zeitlichen Rahmen gilt für die Forschung zur Sozialdemokratie. Dank den Arbeiten von Scheiben (1987), Dommer/Gruner (1988), Lang et al. (1988) und Degen (1993) sind insbesondere das 19. Jahrhundert und die Zwischenkriegszeit einigermaßen gut erschlossen. Damit liegen nicht nur Erkenntnisse über die Anfangszeit der 1888 gegründeten Partei vor, sondern auch über die Richtungskämpfe in den 1910er- und 20er-Jahren, die zur Abspaltung der Kommunistischen Partei (Huber 1986), aber auch zur allmählichen politischen Annäherung an die bürgerlichen Parteien in den 1930er- und 40er-Jahren führten. Für die Zeit nach 1945 hingegen ist ähnlich wie bei der CVP noch beträchtlicher Forschungsbedarf vorhanden.

Gerade umgekehrt in Bezug auf den Untersuchungszeitraum verhält es sich mit den Forschungen zur SVP und ihrer Vorläuferin. Dank den Arbeiten von Mazzoleni et al. (2007), Mazzoleni (2008), Skenderovic (2007, 2009), Zürcher (2007) und anderen kann insbesondere die Geschichte der SVP seit den 1990er-Jahren als gut erforscht gelten. Die verstärkte Aufmerksamkeit für diesen Zeitraum hängt mit dem ungewöhnlichen Aufstieg der Partei und ihrer Transformation zu einer rechtspopulistischen Partei zusammen. Über die Anfänge der Partei und insbesondere ihre politische Positionierung in der Zwischenkriegszeit ist hingegen weniger bekannt, aufgrund der spärlichen Forschungsliteratur (als Ausnahme ist etwa Junker 1968 zu nennen). Beispielsweise ist nicht abschliessend geklärt, inwieweit sich die BGB in der Zwischenkriegszeit dem politischen Zeitgeist am rechten Rand angenähert hat.

Die Freisinnig-Demokratische Partei schliesslich muss – ihrer historisch gesehen unbestrittenen Bedeutung zum Trotz – als die am schlechtesten erforschte der Bundesratsparteien gelten. Viele Studien zur Nationalpartei sind älteren Datums (zum Beispiel Steinmann 1955; Dietschi 1979). Die neuere Literatur zu

ihrer Geschichte konzentriert sich in erster Linie auf ihre Anfangszeit und den Höhepunkt ihrer Macht in der Zeit des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten beziehungsweise Zweiten Weltkriegs (Gehrken 2002; Meuwly 2007). Für die Zeit nach 1945 sind praktisch keine Studien neueren Datums zur Entwicklung der FDP auf nationaler Ebene zu finden.

Neben den spezifischen Parteienstudien bieten auch Untersuchungen zu anderen politik- und sozialgeschichtlichen Fragen häufig Informationen über die historische Entwicklung oder die politischen und gesellschaftlichen Positionierungen von Parteien. Dies gilt insbesondere für die Zwischenkriegszeit, die diesbezüglich mit den Forschungsarbeiten von Imhof/Kleger/Romano (1993), Brassel-Moser (1994), Morandi (1995), E. Wigger (1997), Baumann/Moser (1999) und anderen recht gut erschlossen ist. Ebenso liegen für kantonale und lokale Parteisektionen zahlreiche Studien vor, die zumeist im Zusammenhang mit Jubiläen entstehen. Aber auch Kantonsgeschichten geben häufig Aufschluss über die historische Entwicklung lokaler Parteien (zum Beispiel Barrelet 1993; Späth-Walter 2002; Lemmenmeier 2003). Zudem sind viele lokale Parteien über grösstenteils unpublizierte Lizentiats- und Masterarbeiten erschlossen worden.

Die kleineren Parteien: unterschiedlich gut erforscht

Auch für die kleineren Parteien ist der Forschungsstand sehr uneinheitlich. Insgesamt sind vor allem sowohl die radikale Rechte wie auch die radikale Linke Gegenstand verschiedener Forschungsarbeiten geworden, die in etwa den Zeitraum des 20. Jahrhunderts abdecken. So ist etwa die Frontenbewegung der 1930er- und 40er-Jahre in mehreren Studien thematisiert worden (Wolf 1969; Glaus 1969; Joseph 1975), wobei bislang Forschungsarbeiten mit neuen Fragestellungen ausstehen und diese durchaus wichtige neue Erkenntnisse bringen könnten, insbesondere was Netzwerke und personelle Kontinuitäten der Akteure über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus betrifft. Die Anfänge des Rechtspopulismus in der Schweiz mit den «Überfremdungsparteien», der Nationalen Aktion für Volk und Heimat, später Schweizer Demokraten, und der Schweizerischen Republikaner, der Autopartei der Schweiz, später Freiheitspartei, sowie kleinere Parteien sind ebenfalls in zahlreichen Untersuchungen aufgearbeitet worden (zum Beispiel Kriesi et al. 2005; Mazzoleni 2008; Skenderovic 2009). Das gleiche gilt auch für die Lega dei Ticinesi (zum Beispiel De Lauretis/Giussani 1992; Mazzoleni 1999).

Auch für die radikale Linke liegen zahlreiche Untersuchungen vor, für die Zwischenkriegszeit insbesondere die Arbeit von Huber (1986), Studer (1994) und Lasserre (1996) über die Kommunistische Partei der Schweiz und für die

Nachkriegsjahre die Geschichte der Partei der Arbeit von Rauber (1997, 2000) sowie von Jeanneret (2002). Die sich Anfang der 1970er-Jahre im Zug der 68er-Bewegung formierende neue Linke, unter welche die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), die Revolutionäre Marxistische Liga (später Sozialistische ArbeiterInnenpartei) sowie der Partito socialista autonomo subsumiert werden können, ist ebenfalls Gegenstand von Forschungsarbeiten (zum Beispiel Blum 1986; Altermatt et al. 1994; Macaluso 1997; Challand 2000). Gleches gilt für die aus ihnen ab Ende der 1970er-Jahre hervorgegangenen Grünen, denen trotz ihres jungen Alters bereits einige Studien gewidmet worden sind (unter anderen Baer/Seitz 2008).

Eine grosse Unbekannte stellt hingegen nach wie vor der Landesring der Unabhängigen dar. Hierzu liegen nur wenige Studien älteren Datums vor (zum Beispiel Meynaud/Korff 1967). Dabei gibt es Hinweise, dass der LdU nicht nur eine sehr wechselhafte Geschichte aufweist, sondern sich auch auf dem politischen Links-Rechts-Schema nur schwer einordnen lässt, was sicher viel mit dem populistischen Stil seines Gründervaters Gottlieb Duttweiler zu tun hat.

Abnehmendes historisches Interesse der Politikwissenschaft

Wie erwähnt beschränken sich die Beiträge der Politologie zur Parteienforschung vorwiegend auf Aspekte des Querschnitts und stützen sich meist kaum mehr auf historische Quellenarbeit. Andererseits zeugten in der Vergangenheit die Studien des Politikwissenschaftlers Erich Gruner zur Parteiengeschichte (1977) und zur Geschichte der Arbeiterschaft (1988) durchaus von einem ausgeprägten historischen Interesse. Auch weckten die Veränderungen des Schweizer Parteiensystems in den 1960er- und 70er-Jahren, ähnlich wie in anderen westlichen Ländern, auch unter einem Teil der PolitikwissenschaftlerInnen ein Interesse für Gründe, Ausformungen und Auswirkungen historischen Wandels. So berücksichtigen mehrere politologische Studien langfristige Wandlungsprozesse der Parteien und machen diese etwa am Rückgang der Parteimitgliederzahlen, einer wenn auch schleppend verlaufenden Professionalisierung, der Verlagerung von Macht hin zur Parteiführung und den Mandatsträgern fest (zum Beispiel Ladner 1999, 2004; Ladner/Brändle 2001).

Etabliert hat sich mittlerweile mit dem Projekt *Swiss Electoral Studies* (Selects) auch die in der Schweiz lange ein eher stiefmütterliches Dasein fristende Wahlforschung. Seit 1995 erlauben die im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen erhobenen Daten Langzeitstudien, synchrone und diachrone Vergleiche und verhelfen der Schweizer Wahlforschung zum Anschluss an die internationale Forschung (zum Beispiel Farago 1995; Kriesi/Linder/Klöti 1998; Sciarini/Hard-

meier/Vatter 2003; Selb/Lachat 2004; Lutz 2008). Ebenfalls auf der Mikroebene der Wählerschaft befasst sich die Parteienforschung traditionell mit *cleavages*. So betonen verschiedene Studien in den letzten Jahren (zum Beispiel Hug/Sciarini 2002; Linder/Zürcher/Bolliger 2008), dass neue gesellschaftliche Konfliktlinien zu den traditionellen Spaltungen hinzugekommen sind, die von den Parteien in Abstimmungskämpfen ganz unterschiedlich genutzt werden.

Auf der Mesoebene, das heisst insbesondere mit Fokus auf die Parteiorganisation, befassen sich politikwissenschaftliche Studien seit den 1990er-Jahren vermehrt mit Parteikadern und -mitgliedern (zum Beispiel Sciarini et al. 1994; Longchamp/Rickenbacher 1997; Ladner 2004; Gottraux/Péchu 2011), ebenso auch mit Fragen der Professionalisierung (Ladner/Brändle 2001) und der Parteienfinanzierung (Balmelli 2001; Gunzinger 2008; Gernet 2011). Dazu gehört im Grunde auch der in der Schweiz noch wenig erforschte Bereich von Wahlkampagnen und deren Wandel (zum Beispiel Gautschi 1982; Engeli/Tonka 2010).

Was schliesslich die Makroebene und damit die Analyse von Parteiensystemen betrifft, interessieren insbesondere komparative Fragestellungen. So geht es einerseits um die Einbettung des Schweizer Parteiensystems in die internationale Forschung und den Vergleich mit anderen Parteiensystemen (Klöti/Risi 1989; Armingeon 2003). Auf nationaler Ebene bietet sich der Vergleich der lokalen und kantonalen Parteiensysteme an (Geser et al. 1994; Ladner 2003). Ebenso stehen, im Zusammenhang mit dem Aufstieg der SVP seit den 1990er-Jahren, zunehmend Fragen nach «Polarisierungen» und anderen Veränderungen im Parteiensystem zur Debatte (zum Beispiel Giugni/Sciarini 2008; Nicolet/Sciarini 2010).

Aufbruch in der historischen Parteienforschung: neue methodische Ansätze und Fragestellungen

Nicht nur was die quellenmässige Aufarbeitung der Parteien, sondern auch was die methodischen Ansätze und historiografisch relevanten Fragestellungen betrifft, ist die historische Parteienforschung in der Schweiz mit mehreren Herausforderungen konfrontiert. Seit einigen Jahren steht insbesondere der Ansatz der «neuen Politikgeschichte» zur Debatte, von dem man sich sowohl eine vermehrte Beschäftigung mit politischen Themen in der Geschichtsschreibung als auch eine methodische Erneuerung und Erweiterung der Politikgeschichte erhofft. Im Sinn einer Kulturgeschichte des Politischen besteht der Anspruch, alltags-, geschlechter-, kultur- und sozialgeschichtliche Ansätze zu verbinden. Die Grenzen des Politischen sind hierbei weiter zu fassen als in der traditionellen Politikgeschichte, deren Schwerpunkte sich in den Bereichen des Faktischen und Institutionellen bewegten. Indem überdies dem Politischen als Kommunikations-

raum eine wichtige Bedeutung zugeschrieben wird, stehen Akteure und Orte der Kommunikation im Vordergrund der Betrachtungen. Fragen nach politischen Ritualen, Symbolen, Praktiken und Sprechakten werden aufgeworfen sowie nach deren Funktion für die Legitimation politischen Handelns (zum Beispiel Mergel 2002b; Frevert 2005).

In diesem Zusammenhang sind Parteien und ihre RepräsentantInnen in erster Linie als Deutungsinstanzen zu sehen, als öffentlich agierende Handelnde, die Interpretationen, Einschätzungen und Erklärungen zur Verfügung stellen (Offerle 2010). Über Sprache, aber auch etwa über Mimik, Gesten, Körperhaltungen oder Bekleidung im Sinn von Kommunikation stellen sie politische Wirklichkeit her. Damit liefern sie auch Deutungen des Politischen und verweisen gleichzeitig auf dahinter stehende Macht- und Legitimationsansprüche (Frevert 2005). Als zu untersuchende Räume, wo Inszenierungen, Rituale, Symbole zum Einsatz kommen, aber auch die Kommunikation, Dokumentation und Legitimation politischer Entscheidungen stattfinden, kommen im Zusammenhang mit parteipolitischen AkteurInnen etwa Parlamente, Wahlkämpfe oder Parteitage infrage. Als Beispiel kann hier die Studie von Mergel (2002a) zum Parlamentsbetrieb in der Weimarer Republik genannt werden. Darin beschreibt er, inspiriert durch Methoden der Ethnologie und des symbolischen Interaktionismus, wie eine Ritualisierung und Institutionalisierung der Interaktions- und Kommunikationsweisen im Reichstag stattfand. Allerdings geht es nicht darum, die Ansätze der neuen Politikgeschichte gegenüber sozialgeschichtlichen auszuspielen, sondern als Ergänzungen zu sehen, die insbesondere andere Kausalitäten ins Zentrum rückten: «Gegenüber diesen Fragen nach dem ‹Woher› und dem ‹Warum› weitet die Kulturgeschichte die Frage nach dem ‹Wie›, nach Konstellationen und Beziehungen, wieder auf.» (Mergel 2002b: 605)

Zusammenfassend lassen sich für die historische Parteienforschung in der Schweiz Desiderata in mehreren Bereichen feststellen. Es fehlt nicht nur eine erneuerte Synthese zur Parteiengeschichte im Sinn jener von Gruner, die, aufbauend auf den zahlreichen Studien zu den einzelnen Parteien auf Bundesebene, aber auch zu den Kantonalparteien und unter Einbezug der politikwissenschaftlichen Literatur im Grunde auch ohne grössere Quellenrecherchen machbar wäre. Doch auch die Geschichte der einzelnen Parteien weist je nach Zeitepochen noch grössere Lücken auf, so insbesondere die Geschichte der FDP nach 1945, der BGB/SVP vor 1990 sowie des LdU insgesamt. Selbst die gut erforschte CVP weist für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg noch einige Lücken auf, gleiches gilt in stärkerem Ausmass für die SPS.

Ausserdem befasste sich der Grossteil der bisherigen parteigeschichtlichen Forschung mit programmatischen Entwicklungen und war damit in erster Linie ideengeschichtlichen Ansätzen verpflichtet. Mit einigen Ausnahmen, etwa Dom-

mer/Gruner (1988) zur Geschichte der Sozialdemokraten sowie Hodel (1994) und Rölli-Alkemper (1993) zur Geschichte der Katholisch-Konservativen, ist über das Innenleben der Parteien wenig bekannt. Zusätzliche Ansatzpunkte für eine erweiterte Parteiengeschichte liegen in der komparativen und transnationalen Perspektive. So haben Dommer/Gruner (1988) für die Frühgeschichte der Sozialdemokraten deren Beziehungen zum internationalen Sozialismus herausgearbeitet; entsprechende Studien für andere Phasen oder Parteien stehen aber noch weitgehend aus. Als Referenzpunkt für einen vergleichenden zeithistorischen Blickwinkel könnte zum Beispiel die Studie von Detterbeck (2002) dienen, in welcher er den Wandel westeuropäischer Parteien in Bezug auf Organisation, Parteienwettbewerb und politische Rolle seit 1960 untersucht.

Schliesslich sind noch spezifische Fragestellungen zu erwähnen, die sowohl methodische Erneuerungen der politischen Geschichte allgemein wie auch helvetische Besonderheiten berücksichtigen würden. So könnten die Parteien über ihre Wahlkämpfe erforscht werden, wobei hier besonders kulturgeschichtliche Ansätze der neuen Politikgeschichte fruchtbar wären. Wählermobilisierung, Wahlkampfstrategien und die Auseinandersetzung mit anderen politischen Akteuren, aber auch politische Rituale, Inszenierungen und das Einsetzen von Symbolik wären hierbei von Interesse. Eine andere Forschungsfrage bezöge sich beispielsweise auf die Rolle der Parteien in der Konstruktions- und Deutungsarbeit zur helvetischen Konkordanz, dem wahrscheinlich wichtigsten politischen Ordnungsprinzip der Nachkriegsschweiz.

Zusammenfassung

Die Geschichte der Parteien in der Schweiz ist ungenügend erforscht, wie in letzter Zeit mehrmals hervorgehoben worden ist. Dieser Befund gilt allerdings vor allem für die nationale Ebene: Hier fehlt eine erneuerte Überblicksdarstellung in der Tradition von Erich Gruners Standardwerk von 1977. In Bezug auf die einzelnen Parteien sieht der Forschungsstand unterschiedlich aus. Während die Geschichte der FDP nach wie vor zahlreiche Lücken aufweist, ist es um die CVP weitaus besser bestellt. Die Geschichte der Sozialdemokraten ist insbesondere für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg in mehreren Studien aufgearbeitet worden, während sich die Untersuchungen der SVP auf die neuste Phase ihrer Geschichte seit den 1990er-Jahren konzentriert. Über die Periodisierung der Parteiengeschichte herrscht weitgehend Einigkeit. Allerdings könnten neue Fragestellungen, inspiriert etwa von methodischen Ansätzen der erneuerten Politikgeschichte, diese Periodisierung noch nuancieren.

Bibliografie

- Altermatt Urs et al. (1994), *Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965–1990*, Basel.
- Altermatt Urs (1995), *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Volksorganisationen im Schweizer Katholizismus 1848–1919*, 3. Aufl., Freiburg i. Üe.
- Altermatt Urs (2000), «Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz 1945–1999», in Veen Hans-Joachim (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 5, Paderborn, 37–115.
- Altermatt Urs (2012), *Das historische Dilemma der CVP*, Baden.
- Altermatt Urs, Luginbühl David (2010), «Parteien», in *Historisches Lexikon der Schweiz*, Bd. 9, Basel, 554–559.
- Armingeon Klaus (2003), *Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1971–1999*, Neuenburg.
- Baer Matthias, Seitz Werner (Hg.) (2008), *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik. Ihre Geschichte. Ihre Basis*, Zürich.
- Balmelli Tiziano (2001), *Le financement des partis politiques et des campagnes électorales*, Fribourg.
- Barrelet Jean-Marc (réd.) (1993), *Histoire du Pays de Neuchâtel*, Bd. 3, Hauterive.
- Baumann Werner, Moser Peter (1999), *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918–1968*, Zürich.
- Blum Roger (1986), «Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986», *Politische Parteien und neue Bewegungen. Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 26, 119–150.
- Brassel-Moser Ruedi (1994), *Dissonanzen der Moderne. Aspekte der Entwicklung der politischen Kulturen in der Schweiz der 1920er Jahre*, Zürich.
- Burgos Elie, Mazzoleni Oscar, Rayner Hervé (2011), *La formule magique. Conflits et consensus dans l'élection du Conseil fédéral*, 2. Aufl., Lausanne.
- Challand Benoît (2000), *La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969–1980)*, Fribourg.
- David Thomas, Müller Philipp (2007), «Plädoyer für eine Erneuerung der Geschichte der politischen Parteien in der Schweiz», *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1, 16–24.
- De Lauretis Michele, Giussani Bruno (1992), *La Lega dei Ticinesi. Indagine sul fenomeno che ha sconvolto il Ticino politico*, Locarno.
- Degen Bernard (1993), *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten*, Zürich.
- Detterbeck Klaus (2002), *Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa. Eine vergleichende Untersuchung von Organisationsstrukturen, politischer Rolle und Wettbewerbsverhalten von Grossparteien in Dänemark, Deutschland, Grossbritannien und der Schweiz, 1960–1999*, Opladen.
- Dietschi Eugen (1979), *60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zu Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns*, Bern.
- Dommer Hermann, Gruner Erich (1988), *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914. Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisationen und Sozialpolitik*, Bd. 3: *Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. Ihr Verhältnis zu Nation, Internationalismus, Bürgertum, Staat und Gesetzgebung, Politik und Kultur*, Zürich.
- Engeli Isabelle, Tonka Luc (2010), «L'évolution des campagnes électorales en Suisse. Un processus de modernisation en demi-teinte», in Nicolet Sarah, Sciarini Pascal (éd.), *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse*, Chêne-Bourg, 397–437.

- Farago Peter (1995), *Wahlen 1995. Zusammensetzung und politische Orientierungen der Wählerschaft an den Eidgenössischen Wahlen 1995 / Elections 1995. Composition et orientations politiques de l'électorat aux élections fédérales 1995*, Bern.
- Frevert Ute (2005), «Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen», in Frevert Ute, Haupt Heinz-Gerhard (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M., 7–26.
- Gautschi Theres (1982), *Bildhafte Phraseologismen in der Nationalratswahlpropaganda*, Bern.
- Gehrken Michael (2002), «Im Zeichen einer wahrhaft eidgenössischen Solidarität». *Krise und Stabilisierung des Freisinns zwischen 1929 und 1947*, Diss., Bern.
- Gernet Hilmar (2011), *(Un-)heimliches Geld. Parteienfinanzierung in der Schweiz*, Zürich.
- Geser Hans et al. (1994), *Die Schweizer Lokalparteien*, Zürich.
- Gilg Peter (1974), *Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik. Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation*, Bern.
- Giugni Marco, Sciarini Pascal (2008), «Polarisierung und Politisierung in der Schweiz» in Suter Christian et al. (éd.), *Rapport social 2008*, Zurich, 222–243.
- Glaus Beat (1969), *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930–1940*, Zürich.
- Gottraux Philippe, Péchu Cécile (2011), *Militants de l'UDC. La diversité sociale et politique des engagés*, Lausanne.
- Gruber Christian (1966), *Die politischen Parteien der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich.
- Gruner Erich (1977), *Die Parteien in der Schweiz. Geschichte, neue Forschungsergebnisse, aktuelle Probleme*, 2. Aufl., Bern.
- Gruner Erich, Hertig Hans Peter (1983), *Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte?*, Bern.
- Gunzinger Mathieu (2008), *Analyse comparative des ressources financières des partis politiques suisses*, Chavannes-Lausanne.
- Hartmann Hans, Horvath Franz (1995), *Zivilgesellschaft von rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP*, Zürich.
- Hodel Markus (1994), *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1918–1929. Die goldenen Jahre des politischen Katholizismus*, Freiburg i. Br.
- Huber Peter (1986), *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz, 1918–1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft*, Zürich.
- Hug Simon, Sciarini Pascal (éd.) (2002), *Changements de valeurs et nouveaux clivages politiques en Suisse*, Paris.
- Imhof Kurt, Kleger Heinz, Romano Gaetano (Hg.) (1993), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich.
- Jeanneret Pierre (2002), *Popistes. Histoire du Parti ouvrier et populaire vaudois, 1943–2001*, Lausanne.
- Joseph Roger (1975), *L'Union Nationale 1932–1939. Un fascisme en Suisse romande*, Neuchâtel.
- Jost Hans Ulrich (2007), «Tradition und Modernität in der SVP», *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1, 25–43.
- Junker Beat (1968), *Die Bauern auf dem Wege zur Politik. Die Entstehung der Bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, Bern.
- Klöti Ulrich, Risi Franz-Xaver (1989), *Parteiensysteme im internationalen Vergleich*, Zürich.
- Kriesi Hanspeter, Linder Wolf, Klöti Ulrich (Hg.) (1998), *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse des Projekts Selects*, Bern.
- Kriesi Hanspeter et al. (Hg.) (2005), *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, Zürich.
- Ladner Andreas (1999), «Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien», in Klöti Ulrich et al. (Hg.), *Handbuch der Schweizer Politik / Manuel de la politique suisse*, Zürich, 213–258.
- Ladner Andreas (2003), *Kantonale Parteiensysteme im Wandel: eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971–2003*, Neuenburg.

- Ladner Andreas (2004), *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*, Wiesbaden.
- Ladner Andreas (2005), «Die Parteien in der politischen Kommunikation. Mediendemokratie: Herausforderungen und Chancen für politische Parteien», in Donges Patrick (Hg.), *Politische Kommunikation in der Schweiz*, Bern, 57–74.
- Ladner Andreas, Brändle Michael (2001), *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliedernparteien zu professionalisierten Wahlorganisationen?*, Zürich.
- Lang Karl et al. (Hg.) (1988), *Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz*, Zürich.
- Lasserre André (1996), *Sous l'œil de Moscou. Le parti communiste suisse et l'Internationale, 1931–1943*, Zürich.
- Lemmenmeier Max (Verantw.) (2003), *Sankt-Galler Geschichte 2003*, Bd. 8, St Gallen.
- Linder Wolf, Zürcher Regula, Bolliger Christian (2008), *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874*, Baden.
- Lipset Seymour M., Rokkan Stein (1967), «Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction», in Lipset Seymour M., Rokkan Stein (ed.), *Party Systems and Voter Alignments*, New York, 1–64.
- Longchamp Claude, Rickenbacher Andreas (1997), *Aktive Werbung: möglich und nötig! Studie über die heutige und zukünftige Mitgliederstruktur von SP-Kantonalparteien*, Bern.
- Lutz Georg (2008), *Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*, Lausanne.
- Macaluso Pompeo (1997), *Storia del Partito socialista autonomo. Cultura politica, strategie, strutture*, Locarno.
- Mazzoleni Oscar (1999), «La Lega dei Ticinesi. Vers l'intégration?», *Schweizerische Zeitschrift für politische Wissenschaft* 3, 79–95.
- Mazzoleni Oscar (2008), *Nationalisme et populisme en Suisse. La radicalisation de la «nouvelle» UDC*, 2. Aufl., Lausanne.
- Mazzoleni Oscar (2009), «Introduction. Les partis politiques suisses: pourquoi et comment?», in Mazzoleni Oscar, Rayner Hervé (éd.), *Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements*, Paris, 9–20.
- Mazzoleni Oscar, Gottraux Philippe, Péchu Cécile (éd.) (2007), *L'Union démocratique de centre: un parti, son action et ses soutiens*, Lausanne.
- Mergel Thomas (2002a), *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf.
- Mergel Thomas (2002b), «Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik», *Geschichte und Gesellschaft* 28, 574–606.
- Meuwly Olivier (2007), *L'Unité impossible. Le Parti radical-démocratique suisse à la Belle Epoque 1891–1914*, Hauterive.
- Meuwly Olivier (2009), «Pour une histoire des partis politiques. Le cas du parti radical-démocratique», in Mazzoleni Oscar, Rayner Hervé (éd.), *Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements*, Paris, 88–123.
- Meuwly Olivier (2010), *Les partis politiques. Acteurs de l'histoire suisse*, Lausanne.
- Meynaud Jean, Korff Adalbert (1967), *Die Migros und die Politik. Der Landesring der Unabhängigen*, Zürich.
- Morandi Pietro (1995), *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie 1933–1939*, Zürich.
- Nicolet Sarah, Sciarini Pascal (éd.) (2010), *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse*, Genève.
- Offerlé Michel (2010), *Les partis politiques*, 7. Aufl., Paris.
- Rauber André (1997), *Histoire du mouvement communiste suisse*, vol. 1: *Du XIXe siècle à 1943*, Genève.
- Rauber André (2000), *Histoire du mouvement communiste suisse*, vol. 2: *De 1944 à 1991*, Genève.

- Rimli Bruno (1951), *Sozialpolitische Ideen der Liberal-Konservativen in der Schweiz (1815–1939)*, Zürich.
- Rölli-Alkemper Lukas (1993), *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1935–1943. Politischer Katholizismus zwischen Emanzipation und Integration*, Freiburg i. Üe.
- Schaufelbuehl Janick Marina (Hg.) (2009), *1968–1978. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz / Une décennie mouvementée en Suisse*, Zürich.
- Scheiben Oskar (1987), *Krise und Integration: Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte*, Zürich.
- Schoderet Pierre-Antoine (2007), «Crise ou chrysanthèmes? Le Parti démocrate-chrétien et le catholicisme politique en Suisse (XIXe–XXIe siècles)», *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1, 82–94.
- Sciarini, Pascal et al. (1994), *Die Kader der Schweizer Parteien*, Zürich.
- Sciarini Pascal, Hardmeier Sibylle, Vatter Adrian (Hg.) (2003), *Schweizer Wahlen 1999 / Élections fédérales 1999*, Bern.
- Selb Peter, Lachat Romain (2004), *Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens*, Zürich.
- Skenderovic Damir (2007), «Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz. Von den Splitterparteien zur Volkspartei», *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1, 45–62.
- Skenderovic Damir (2009), *The Radical Right in Switzerland. Continuity and Change, 1945–200*. New York.
- Skenderovic Damir (2010), «Parteienforschung: historisch und transdisziplinär», in Metzger Franziska, Furrer Markus (Hg.), *Religion, Politik, Gesellschaft. Beiträge zur Emeritierung des Zeithistorikers Urs Altermatt*, Freiburg i. Üe., 91–97.
- Skenderovic Damir (2012), «Challenging the Exceptionalist View. Favorable Conditions for Radical Right-wing Populism in Switzerland», in Mammone Andrea, Godin Emmanuel, Jenkins Brian (ed.), *Mapping the Extreme Right in Contemporary Europe. From Local to Transnational*, London, 209–224.
- Skenderovic Damir, D'Amato Gianni (2008), *Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*, Zürich.
- Skenderovic Damir, Späti Christina (2012), *Die 1968er Jahre in der Schweiz. Aufbruch in Politik und Kultur*, Baden.
- Späth-Walter Markus (Red.) (2002), *Schaffhauser Kantongeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 2, Schaffhausen.
- Steinmann Ernst (1955), *Geschichte des schweizerischen Freisinns*, Bern.
- Studer Brigitte (1994), *Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern, 1931 à 1939*, Lausanne.
- Wigger Bernhard (1997), *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1903–1918. Politik zwischen Kulturmampf und Klassenkampf*, Freiburg i. Üe.
- Wigger Erich (1997), *Krieg und Krise in der politischen Kommunikation. Vom Burgfrieden zum Bürgerblock in der Schweiz 1910–1922*, Zürich.
- Wolf Walter (1969), *Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz, 1930–1945*, Zürich.
- Zimmermann Adrian (2007), «Von der Klassen- zur Volkspartei? Anmerkungen zum ideologischen Selbstverständnis und zur gesellschaftlichen Basis der SPS im «kurzen 20. Jahrhundert»», *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1, 95–113.
- Zürcher Regula (2007), «Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei. Die Positionierung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und späteren Schweizerischen Volkspartei von 1920–2003», *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1, 65–80.
- Zurbriggen Ludwig (2004), *CVP und die soziale Mitte. Soziales Kapital, Koalitionen und symbolische Praxis der CVP*, Zürich.